

MAI 2022

Kauroff



Klausurtagung der SPD-
Landtagsfraktion in Leer

Entlastung für die
kleinen Geldbeutel

Endlich wieder:
HANNOVER MESSE



Rüdiger Kauroff

Ich bin seit 2017 der direkt gewählte Landtagsabgeordnete für die Stadt Garbsen und die Gemeinde Wedemark. Damit vertrete ich unmittelbar die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Niedersächsischen Landtag.

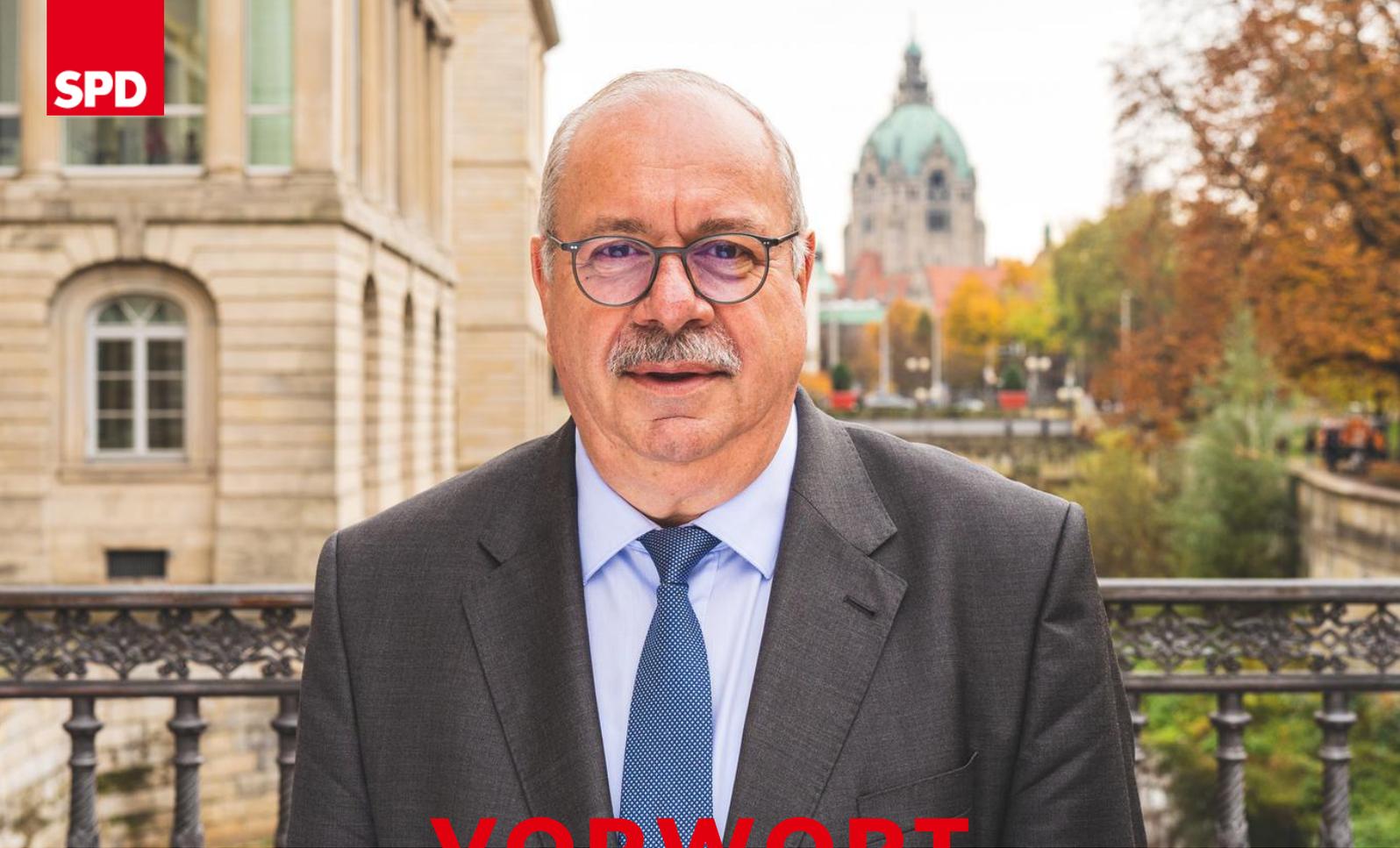
Ich bin 2005 der SPD beigetreten. 2008 wurde ich Vorsitzender des Ortsvereins Garbsen und gehöre seit 2006 dem Rat der Stadt Garbsen an. Ferner bin ich seit 2011 stellvertretender Bürgermeister der Kommune.

Im Niedersächsischen Landtag bin ich Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, dem Petitionsausschuss sowie dem Ausschuss für Inneres und Sport.

Ich darf zudem Sprecher für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz der SPD-Fraktion sein und habe die Funktion des Sprechers für Handwerk und Mittelstand inne. Zudem bin ich Sprecher meiner Fraktion für die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ im Niedersächsischen Landtag.

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

die nächste Landtagswahl ist in Niedersachsen und zwar am 9. Oktober. Davor gab es Wahlabende im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, der nächste ist erst in einigen Monaten und dann bei uns. Tatsächlich wissen die Bürgerinnen und Bürger in den allermeisten Fällen ganz genau, um was es geht: um Landespolitik. Sie wollen nicht an irgendwelchen „Test-Wahlen“ teilnehmen, sondern die Politik in ihrem Land für die nächsten Jahre bestimmen.

In Niedersachsen geht es uns jedenfalls im Oktober um unser Land und wir haben uns eine Menge vorgenommen für die Landtagswahlen. Wir haben Niedersachsen auch unter sehr schwierigen Bedingungen auf Kurs gehalten. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, dass wir inmitten vieler Veränderungen die Weichen stellen für eine weitere Modernisierung unseres Landes.

Zum Beispiel in der Energiepolitik: Niedersachsen soll das wichtigste Energieland in Deutschland sein, vor allem auf der Basis von Windstrom auf Land und auf der See. Aber erneuerbare Energien sind auch die Grundlage für den Umbau wichtiger Teile der Wirtschaft: Elektromobilität und Wasserstoff sind dafür die wichtigsten Stichworte. Wir wollen stark bleiben in Niedersachsen – und klimaneutral werden. Das ist nur eines von vielen Themen, die uns besonders wichtig sind. Mit diesen Themen treten wir an, mit vielen neuen Gesichtern, aber auch mit Politikerinnen und Politikern, die bekannt und sehr anerkannt sind. Jetzt geht es los mit dem Wahlkampf in Niedersachsen und ich freue mich darauf!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rüdiger Kauroff'.

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



Endlich wieder: HANNOVER MESSE

Nach zwei Jahren Zwangspause ist sie zurück, die Hannover-Messe. Vor fünfundsiebzig Jahren als erste Export-Messe von der damaligen britischen Militäradministration ins Leben gerufen, hat sie sich über die Jahrzehnte als wichtigste Industrieschau der Welt etabliert. Die Hannover Messe ist seitdem ein fester Termin für tausende von Akteuren aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, den Medien und auch der Politik. Wer wirklich wissen will, wie es weitergeht, kommt kaum um die Hannover-Messe herum.

Jedenfalls ist das so gewesen, bevor Corona für zwei Jahre Pause gesorgt hat und deswegen bin ich natürlich sehr gespannt, ob der Neustart gelingen wird. Über zweitausendfünfhundert Aussteller aus den verschiedensten Ländern und ein prallvolles Vortragsprogramm sprechen schon einmal dafür.

Die noch nicht überwundene Pandemie und der Krieg in der Ukraine werden andererseits sicher auch bemerkbar sein, denn die wirtschaftliche Entwicklung ist davon stark betroffen. Die Auftragsbücher sind in vielen Unternehmen durchaus voll, aber gestörte Lieferketten und enorm gestiegene Preise bereiten in vielen Betrieben Sorgen. Gerade eine exportorientierte Wirtschaft braucht nun einmal stabile Rahmenbedingungen und die sind derzeit nicht in Sicht. Deswegen ist das Glas je nachdem derzeit eben halb voll oder halb leer.

Zum gleichen Zeitpunkt befinden sich viele Unternehmen in einem ganz grundsätzlichen Veränderungsprozess. Verantwortlich dafür sind zwei Mega-Themen, die Digitalisierung und der Klimaschutz.

Die Digitalisierung der industriellen Produktion ist vielfach schon weit vorangeschritten. „Industrie 4.0“ ist dafür ein deutsches Markenzeichen – übrigens ein Begriff, der auf der Hannover-Messe 2011 in einem Workshop geprägt worden ist und seitdem einen weltweiten Siegeszug angetreten hat.



Endlich wieder: HANNOVER MESSE

Wenn ich heute Industrieunternehmen besuche, ist eine weitgehend automatisierte Produktion und auch der Einsatz von Robotern keine Seltenheit mehr. Häufig erfolgt er übrigens gar nicht einmal auf Kosten von Arbeitsplätzen. Der Erfolg von solchen Veränderungen sichert oft mehr Beschäftigung an anderer Stelle.

Ein Ende dieser Revolution ist für viele Unternehmen noch nicht in Sicht, da müssen sie sich gleichzeitig einer vielleicht noch größeren Herausforderung stellen. Seit Beginn der Industrialisierung brauchen Industrieunternehmen viel, viel Energie. Bis jetzt wurde dieser Bedarf vor allem durch Öl, Gas und Kohle gedeckt oder durch Atomstrom. Aus allen diesen Energieträgern will Deutschland aussteigen; Europa soll bis 2045 klimaneutral werden. Das hat massive Konsequenzen für die Industrie – mit Sicherheit ein Hauptthema dieser Hannover-Messe.

Technisch sind viele Veränderungen möglich, aber wo kommt die erneuerbare Energie her, die künftig Grundlage der Versorgung sein soll? Und können deutsche Industrieunternehmen auf dieser Grundlage auch künftig auf vielen Märkten der Welt konkurrenzfähig sein? Das sind Fragen, die die Hannover-Messe beherrschen werden. Antworten wird in erster Linie die Politik geben müssen. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energienetze muss es künftig viel, viel schneller gehen als bisher. Und auch für die Energiepreise wird es Absicherungen geben müssen, weil sonst viele Unternehmen die anstehenden Investitionen kaum stemmen können.

Andererseits winken nach einer erfolgreichen Transformation auch große Vorteile. Klimaneutrale Produkte werden in vielen Teilen der Welt sehr gefragt sein und Deutschland kann dabei eine Vorreiter-Rolle einnehmen. Innerhalb Deutschlands rechnen wir uns in Norddeutschland noch einmal besondere Chancen aus. „Industrie folgt Energie“, sagt eine alte ökonomische Erfahrung und das führende Energie-Land in Deutschland kann künftig Niedersachsen sein, vor allem auch seine Küstenregion.

Entlastung für die kleinen Geldbeutel

Bis zu den Wahlen sind es noch etwa dreieinhalb Monate und in dieser Zeit kann noch viel passieren. Das wichtigste Thema für viele Bürgerinnen und Bürger ist derzeit zweifellos die Teuerungswelle. Die Preise gehen weiter durch die Decke und wahrscheinlich ist der Höhepunkt noch nicht einmal erreicht. Die Folgen des Öl-Embargos gegen Russland etwa sind noch nicht spürbar, aber das ist wohl leider nur eine Frage der Zeit.

Auch vor diesem Hintergrund ist am letzten Freitag ein Entlastungspaket von Bund und Ländern beschlossen worden, das insgesamt acht Milliarden Euro schwer ist und auch tatsächlich zu spüren sein wird. Aber reicht das? Diese Frage ist berechtigt, auch wenn der Staat die Folgen einer weltweiten Teuerungswelle – in Europa etwa ist Deutschland ziemlich genau im Durchschnitt betroffen – natürlich nicht ganz und gar ungeschehen machen kann.

Umso mehr kommt es darauf an, vor allem die kleinen Geldbeutel zu entlasten. Kleine und mittlere Einkommen trifft die Inflation härter als die Besserverdienenden, das liegt auf der Hand. Wenn nicht allen geholfen werden kann, müssen wir uns umso mehr auf diese Gruppen konzentrieren.

Um wen geht es da? Zum Beispiel um die kleinen und mittleren Renten, die nicht steuerpflichtig sind. Sie werden von dem „Energie-Zuschlag“ nicht erfasst und das empfinden viele Rentnerinnen und Rentner als unfair. Das kann ich verstehen und das sollte geändert werden. Andere Beispiele sind viele Studierende, die mit sehr wenig Geld auskommen müssen, oder die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung. Deren Regelsatz orientiert sich noch an Niedrigpreisen, die mit der aktuellen Situation nichts mehr zu tun haben. Alle diese Gruppen müssen auch heizen und die Rechnung der Stadtwerke bezahlen.

Spätestens nach der Sommerpause muss es ein zweites Entlastungspaket geben und das muss das soziale Gleichgewicht herstellen.



Lkw-Führerschein ab 17 Jahren ermöglichen

Der straßengebundene Güterverkehr ist eine elementare Säule der deutschen Wirtschaft. Rund Dreiviertel der Warentransporte erfolgen mit Lkw, bis 2030 rechnen Expert:innen mit einem weiteren Anstieg um 39 Prozent im Vergleich zu 2010. Gleichzeitig zeichnet sich schon heute ein erheblicher Fachkräftemangel ab. In den nächsten Jahren werden jährlich über 25.000 Fahrer:innen in den Ruhestand geben, schon heute sind rund 30 Prozent über 55 Jahren alt.

In Großbritannien haben wir im vergangenen Jahr eindrücklich beobachten können, wie sich ein Fahrermangel auf quasi alle Lebensbereiche auswirkt. Um die Logistik und Versorgungssicherheit langfristig sicherzustellen, müssen wir jetzt die Weichen für die Fachkräfte von morgens stellen. Darum wollen wir das begleitete Fahren ab 17 Jahren auch für den Lkw-Führerschein ermöglichen.

Die Auszubildenden erhalten so früher praktische Erfahrung und entlasten die anderen Fahrer:innen. Einen entsprechenden Antrag für die Bundesebene haben die Regierungsfractionen im Landtag eingebracht.

Interessierte könnten demnach bereits mit 16,5 Jahren parallel zum Pkw-Führerschein die Lkw-Ausbildung beginnen. Bislang ist dies erst nach Abschluss des Klasse B-Scheins und frühestens mit 17,5 Jahren möglich. Die ersten zwei Jahre verbringen Azubis also auf dem Beifahrersitz, da die meisten Bewerberinnen und Bewerber mit 16 Jahren die Schule verlassen.

Zudem sieht der Antrag eine Imagekampagne gemeinsam mit den Branchenverbänden vor, die den Beruf des Kraftfahrers in positiver Weise vorstellt. Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Branche insgesamt verbessern. Der Lkw-Führerschein mit 17 Jahren ist dafür ein erster Schritt.



Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Leer

Die SPD-Landtagsfraktion hat am ihre dreitägige Klausurtagung im ostfriesischen Leer abgeschlossen. Im Zentrum der Beratungen standen die Fragen, wie Kinder, Jugendliche und ihre Familien in der Corona-Pandemie gezielt gefördert und zukünftig stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden können. Ein weiterer Schwerpunkt war die mittel- und langfristige Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung. „Kinder und Jugendliche waren in den langen Corona-Monaten besonders betroffen. Sie haben mit ihrem solidarischen und verantwortungsvollen Verhalten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie geleistet.

Zugleich haben wir gesehen, dass die Interessen junger Menschen zu oft auf der Strecke blieben. Wir wollen die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen deutlich ausweiten und

ihre Stimme im politischen Diskurs unüberhörbar werden lassen.

Wissenschaftlichen Input in der Diskussion lieferten als externe Gäste Prof. Dr. Christine Falk, Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Immunologie, Medizinische Hochschule Hannover, und Dominik Nolte, Landesvorstand des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte e.V.

Wir fordern das Wahlrecht zu den Landtagswahlen ab 16 Jahren. Es sind die jungen Menschen, die in der Zukunft von den heutigen politischen Entscheidungen betroffen sein werden. Daher ist es ihr gutes Recht, auch intensiver an diesen Weichenstellungen teil zu haben. Demokratische Beteiligung wollen wir auch in den Schulen stärker verankern. Gewählte Schülervertretungen sollen ein Demokratiebudget in die Hand bekommen, das sie für Ganztags- und Freizeitangebote zur politischen Bildung verwenden können.

Zudem will die SPD-Landtagsfraktion zu einer jährlich stattfindenden Kinder- und Jugendkonferenz einladen, die den direkten Austausch zwischen Landespolitik und jungen Menschen intensivieren wird.



Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Leer

Einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit soll zukünftig der Ausbau des kostenlosen Schulverkehrs leisten. Wir wollen den Schulweg auch für Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe, für Auszubildende, für Bundesfreiwilligendienstleistende, für Jugendliche im FSJ sowie für Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleiter-Card (JuLeiCa) beitragsfrei stellen. Niemand soll sich über die Preise des Schulbusses Sorgen machen müssen. Darüber hinaus will die SPD-Landtagsfraktion 10.000 JuLeiCa-Fortbildungen zukünftig vollständig finanzieren. Bislang sind diese Seminare mit einem Selbstkostenanteil von bis zu 200 Euro verbunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Klausurtagung lag auf der Beschleunigung der Energieversorgung mit klimafreundlichen Energieträgern, die unser Land unabhängig machen.

Putins Angriff auf die Ukraine hat uns unsere Abhängigkeit von russischen Gas- und Ölimporten ungeschminkt vor Augen geführt. Aus diesem Griff müssen wir uns schnellstmöglich lösen. Das wollen wir einerseits mit der massiven Beschleunigung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien angehen. Planungs- und Genehmigungsverfahren wollen wir wesentlich beschleunigen. Andererseits brauchen wir kurzfristig aber auch den schnellen Bau von LNG-Terminals und der dazugehörigen Infrastruktur.

Dabei muss die Energie für die Bevölkerung bezahlbar bleiben. Vor allem Menschen mit geringem Einkommen leiden unter den rasant steigenden Preisen, viele haben Angst vor der nächsten Abrechnung. Die Maßnahmen der Bundesregierung wie das Entlastungspaket oder die Mobilitätzuschüsse sind wichtige Hilfen. Diese Unterstützung müssen wir aber allen Bürgerinnen und Bürgern leisten. Es ist eine berechnete Frage, warum etwa Studierende oder Rentnerinnen und Rentner keinen Zuschuss erhalten, obwohl sie mindestens genauso stark unter der Inflation leiden.



9-Euro-Ticket als wichtige Chance für den ÖPNV

Das 9-Euro-Ticket ist der richtige Schritt, um vor allem Pendlerinnen und Pendler angesichts der stark angestiegenen Energiepreise direkt zu entlasten. Der enorm vergünstigte Preis von nur neun Euro pro Kalendermonat wird auch in Niedersachsen dazu führen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger das Auto stehen lassen und auf den ÖPNV umsteigen. Auch um durch eingesparte Autofahrten den Druck aus dem Treibstoffmarkt zu nehmen, ist das Ticket eine effektive Maßnahme.

Auch für die Umwelt und das Klima ist der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ein enorm wichtiger Beitrag. Umso entscheidender ist es, dass es nicht beim 9-Euro-Ticket bleibt, sondern der ÖPNV grundsätzlich und langfristig attraktiver wird. Dabei darf die Anzahl an verschiedenen niedersächsischen Verkehrsverbänden kein Hindernis sein, um niedrighschwellige Angebote

zu realisieren. Für uns als SPD im Flächenland Niedersachsen steht fest, dass es vor allem im ländlichen Raum eine dringende Angebotsverbesserung braucht. Solange man in Teilen Niedersachsens nicht vernünftig mit dem Bus zum Bahnhof kommt, helfen uns beim Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel günstige Fahrpreise alleine auch nicht weiter.

Wir brauchen nicht nur in den Städten, sondern auch in ländlichen Räumen einen attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr. Egal ob Bus oder Bahn – die Niedersächsischen und Niedersachsen müssen sich darauf verlassen können, dass klimafreundliche und preisgünstige Mobilität für jede und jeden zugänglich ist. An dieser Stelle wünschen wir uns vom zuständigen Ministerium noch mehr Engagement, Einsatz und Ergebnisse.

WWW.RUEDIGER-KAUROFF.DE

KAUROFF

VERANTWORTLICHER IM SINNE DES PRESSERECHTS:

RÜDIGER KAUROFF

LAYOUT:

JAN HARTGE

REDAKTION:

JAN HARTGE, ALEXANDER VOGEL

Kontakt

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
0511 - 1674 348
buero@kauroff-spd.de

Weiteres

www.ruediger-kauroff.de
facebook.com/ruedigerkauroff
instagram.com/ruediger.kauroff

VERWENDETE FOTOS: CANVA